



Akademisch prekär

Forschung und Lehre an den 10 staatlichen Hochschulen in Thüringen wird nicht allein von Professor:innen betrieben. Damit Studierende gut auf Lehrveranstaltungen und Prüfungen vorbereitet oder Forschungsprojekte durchgeführt werden können, gibt es eine ganze Menge wissenschaftlicher Mitarbeiter:innen und Assistent:innen. Nicht wenige von Ihnen teilen ein gemeinsames Leid: zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse und damit fehlende Planungsperspektiven. Assistent:innen, meint studentische Beschäftigte. Sie haben vor allem ein Problem mit Arbeitsverträgen, die in der Regel weniger als sechs Monate, teil nur bis zu drei Monate laufen. Und da auch der Umfang der Arbeitszeit eher gering bemessen wird, kann nicht von guten Arbeitsbedingungen gesprochen werden, wenn am Ende des Monats auf das Geld geschaut wird. All das zeigen die Zahlen der Studie „Jung, akademisch, prekär“ und kleine Anfragen im Landtag. Doch die Situation muss so nicht bleiben. Und es tut sich was. Unter dem Hashtag #TVStud versammeln sich studentische Beschäftigte bundesweit und fordern ein, was es in Berlin bereits gibt: einen Tarifvertrag. Gute Arbeitsbedingungen braucht es, wenn wir nicht wollen, dass man sich den Job als studentische Beschäftigte leisten können muss. Als Einstiegsmöglichkeit in eine wissenschaftliche Karriere braucht es gleiche Chancen für alle. Kurzzeitbefristungen und geringe Löhne sind das Gegenteil. Deshalb unterstützen wir als LINKE Fraktion im Thüringer Landtag die studentischen Beschäftigten bei ihrem Arbeitskampf, damit wir in ein paar Jahren Berichte und Studien lesen können, die von guter Arbeit berichten, auch für die jungen angehenden Akademiker:innen. Wir können als Land Thüringen dafür ein Stein des Anstoßes sein, damit es endlich zu Tarifverhandlungen kommt.

Christian Schaft, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung

Keine Ausnahme!

Studentische Beschäftigte und solidarische Mitstreiter:innen haben sich zur Initiative TV STUD zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Rechte der studentischen Arbeitskräfte zu kämpfen. Mehr dazu auf **Seite 3**



Linker Ticker

„Das Modellprojekt der Stadt Erfurt, bei dem kostenlose Periodenartikel in zehn Schulen und anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, sollte weitere Kommunen in Thüringen ermuntern, ähnliche Projekte zu starten“, so **Karola Stange**, frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Periodenarmut, also nicht ausreichend finanzielle Mittel für die Beschaffung von Periodenartikeln zur Verfügung zu haben, ist in der Gesellschaft häufig ein Tabu-Thema. Das Verschweigen geht auf Kosten der Chancengleichheit und der gesellschaftlichen Teilhabe von menstruierenden Menschen.“ +++ Im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 und dem im Juli vorgestellten Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen-Thüringen, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Landessportbundes, erklärt **Steffen Dittes**, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Wir begrüßen den Appell ausdrücklich, die Handlungsfähigkeit Thüringens nicht mit wahltaktischen Überlegungen aufs Spiel zu setzen und rechtzeitig einen Landeshaushalt für das Jahr 2024 zu beschließen. Als Koalition erwarten wir von der demokratischen Opposition, mit der Vorlage des Haushaltsentwurfes der Landesregierung nach der Sommerpause in konstruktive Gespräche auf parlamentarischer Ebene zum Haushalt einzusteigen“ +++ „Die Thüringer Polizei hat in den letzten drei Jahren auch auf den Einsatz von Beamtinnen und Beamten zurückgegriffen, die unter Verwendung einer Tarnidentität zum Einsatz kamen. Ebenso wurden Daten gesammelt, die auf den Einsatz von so genannten V-Leuten zurückgehen. Aus Gründen der Geheimhaltung wird die tatsächliche Zahl nicht bekannt gegeben. Aber bis zu 30 Personen, die teilweise über Jahre hinweg tätig sind, waren dabei aktiv“, informiert der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag, **Sascha Bilay**. Die Polizei kann nach dem Polizeiaufgabengesetz im Ausnahmefall auch Erkenntnisse durch den Einsatz von Beamtinnen und Beamten erlangen, die sich nicht offen als Polizistinnen und Polizisten zu erkennen geben.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert, Lukas Krause
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 11. August 2023



DIE LINKE FRAKTION

Thüringen auf dem Prüfstand

Sommertour des Arbeitskreises Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Was machen eigentlich Abgeordnete und Mitarbeiter:innen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in der Sommerpause? Viele denken sicherlich, dass sie vor allem die Parlamentsferien genießen, um sich vom politischen Alltag zu erholen – ein bisschen stimmt das auch, aber nur teilweise. Viele Parlamentarier:innen verbringen einen Teil der Zeit auf Sommertour in ihren Wahlkreisen und sind zu ihren fachpolitischen Themen im ganzen Land unterwegs. Es gilt Unternehmen, Vereine und Institutionen zu besuchen und über aktuelle Herausforderungen in dieser schnelllebigen Zeit zu diskutieren, intensive Gespräche mit Beschäftigten und Betriebsräten zu führen und auch mal die touristische Infrastruktur zu testen: Thüringen auf dem Prüfstand, sozusagen.

Anfang Juli machte sich daher der Arbeitskreis Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft mit den Abgeordneten Andreas Schubert (wirtschaftspolitischer Sprecher), Knut Korschewsky (Sprecher für Tourismuspolitik), Christian Schaft (Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung) und Philipp Weltzien (Sprecher für Netzpolitik, Digitalisierung und Datenschutz) sowie ihren wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen auf den Weg, um sich in Suhl, Ilmenau und Gera über verschiedene Themen und Sachverhalte zu informieren. Mit dem Fraktionsbus ging es am ersten Tag nach Suhl. Im Fahrzeugmuseum konnten sich die Abgeordneten die Geschichte der Simson-Werke in Suhl erklären lassen und über 260 Ausstellungsstücke aus verschiedenen historischen Epochen wie Fahrräder, Mopeds, Motorräder und Automobile bewundern. Unter anderem auch die robusten Simson-Kleinkrafträder der Vogelserie – Schwalbe, Spatz, Star, Sperber und Habicht – die inzwischen einen Kultstatus erreicht haben. Das Museum vermittelt einen guten Überblick über die technischen Leistungen und Fahrzeuge, die von Thüringen aus die Welt der Automobile bereichern. Anschließend ging es in das traditionsreiche Schießsportzentrum Suhl (SSZ), welches Olympiastützpunkt sowie Bundes- und Landesleistungszentrum für Sportschießen ist. Aber auch Laien stehen nach Anmeldung die Stände in verschiedenen Disziplinen zur Verfügung und so durften auch die Abgeordneten Bogenschießen und das Luftgewehr ausprobieren. Im Anschluss wurde die Anlage mit ihren verschiedenen Schieß- und Trainingsständen besichtigt. Anregungen zur Verbesserung der Netzwerkstrukturen

im Sport mit möglichen Lösungen für Investitionen in die Zukunft der Anlage wurden von den linken Politikern aufgenommen.

Der zweite Tag führte den Arbeitskreis nach Ilmenau. Mit der Süd-Thüringen-Bahn ging es morgens mit dem Rad im Gepäck zum Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen (IIS). Professor Herr Giovanni Del Gado führte durch das neu errichtete Gebäude und stellte die Arbeit des ca. 40-köpfigen Teams vor, welches im Bereich Mobilkommunikation und Signalverarbeitung forscht. Verschiedene Anlagen wie die Forschungsplattformen „Satel-

an einer Probefahrt mit dem Umweltminister Bernhard Stengele teilnehmen, der als ehemaliger Busfahrer zwischenzeitlich selbst am Steuer saß. Anschließend ging es zum Gespräch mit Herrn André Grieser, dem Geschäftsführer der Energieversorgung Gera GmbH (EGG), und seinem Mitarbeiter Herrn Uwe Winefeld, um über regionale Energieversorgung in Kommunen und Herausforderungen durch den Fachkräftemangel zu diskutieren. Besonders schwierig wird die derzeitige Investitionsunsicherheit durch vergangene und aktuelle Bundesregierungen und ihre jeweiligen Vorhaben eingeschätzt.



lite Communications – SatCom“ und „Over-The-Air Testing – OTA“ durften von den Abgeordneten besichtigt werden. Betont wurde immer wieder die enge Anbindung an die TU Ilmenau und dass die Arbeit des Teams, also die erworbenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, in anwendungsbezogene Projekte überführt werden. Diese Projekte sind Teil öffentlicher Einrichtungen sowie der Industrie. Auf der Rückfahrt mit dem Fahrrad von Ilmenau nach Erfurt konnte sich der Arbeitskreis vom gut ausgeschilderten Geraradweg überzeugen. Weniger gut war dagegen die gastronomische Infrastruktur. In ländlichen Gegenden konnte trotz Ausschilderung keine Eisdielen oder gar ein kleines Restaurant gesichtet werden. Hier besteht also noch erhebliches Potenzial nach oben, um die touristische Infrastruktur zu stärken. In Gera begleitete der Arbeitskreis an Tag drei die Einführung der zwei neuen Elektrobusse bei der GVB und konnte

Lehrreich und interessant war der abschließende Besuch im Heizkraftwerk Gera-Tinz. Eine Frage, die im Fokus stand, war, warum die Wärmeversorgung zentral und nicht dezentral organisiert ist. Schließlich ist eine Versorgung aus dezentraler Perspektive sicherer als ein zentraler Aufbau. Letztlich lässt aber der aktuelle Fachkräftemangel keinen Aufbau weiterer Inselösungen zu, weshalb bei der Energieversorgung Gera an den gegebenen Strukturen der Fernwärmeversorgung vorerst festgehalten wird, die noch ein gewisses Erweiterungspotenzial haben. Die Sommertour wurde mit einem Eis in der Geraer Innenstadt beendet und wird sicherlich im nächsten Jahr eine Fortsetzung erfahren, denn nicht nur das grüne Herz Deutschlands muss immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden, sondern auch die Abgeordneten brauchen einen beständigen Abgleich mit der Praxis für ihre erfolgreiche politische Arbeit im Landtag.

AUF SOMMERTOUR



„Stadt, Land, Bund“

Karola Stange auf Sommertour für Bürgernähe und Perspektivwechsel

Im Juli begab sich Karola Stange, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, auf eine inspirierende Sommertour unter dem Motto „Stadt, Land, Bund“. Diese zweiwöchige Tour führte sie zu einer facettenreichen Auswahl an Stationen, bei denen Begegnungen und Austausch im Vordergrund standen. Die verschiedenen Streifzüge durch ihren Wahlkreis boten Einblicke in unterschiedlichste Lebensbereiche, die normalerweise abseits des typischen parlamentarischen Alltags liegen.

Die Tour umfasste eine reiche Palette von Aktivitäten und Begegnungen. Sie begann mit dem symbolischen Spatenstich für neue Wohnungen, der nicht nur eine wichtige Maßnahme für die Bevölkerung darstellt, sondern auch verdeutlicht, wie politische Entscheidungen die Lebensqualität der Bürger:innen beeinflussen. Dieser pragmatische Ansatz wurde weitergeführt, als Karola Stange interessante Gespräche mit Bürger:innen und Vertreter:innen verschiedener Organisationen wie profamilia, dem Zentrum gegen Gewalt an Frauen, dem Blinden- und Sehbehindertenverband Thüringen, der Aidshilfe und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. führte. Diese Gespräche dienten dazu, Politik und ihre Auswirkungen auf die Menschen direkt zu erleben.

Ein besonderes Highlight der Tour war der Besuch der Jüttner Orthopädie. Dort erfuhr Karola Stange aus erster Hand, wie viel Herzblut in der Herstellung von Prothesen steckt und wie engagiert die Mitarbeitenden daran arbeiten, individuelle Hilfsmittel für Men-

schen mit Behinderungen zu schaffen. Trotz modernster Technologie erfordert die Herstellung dieser Hilfsmittel immer noch erhebliche Hand- und Maßarbeit.

Die Sommertour führte auch zu Bildungseinrichtungen wie der Forschungsstelle Gartenbauliche Kulturpflanzen der FH Erfurt in Kühnhausen. Hier beschäftigen sich Forschende mit innovativen Themen wie Epigenetik und Blumenzüchtung. Die Einbindung der Studierenden in diese Forschungsprojekte betont die Bedeutung von Bildung und Forschung für die Entwicklung der Gesellschaft.

Karola Stange betonte, dass die parlamentarischen Ferien eine großartige Gelegenheit böten, Bereiche kennenzulernen, die normalerweise im Hintergrund bleiben. Der Kontakt mit der Praxis und die direkten Gespräche mit Menschen vor Ort sind für sie entscheidend, um politische Arbeit im besten Interesse der Bürger:innen zu gestalten.

Gedenken an Hiroshima und Nagasaki: Ein Zeichen gegen das Vergessen

Am 20. Juli organisierte Karola Stange eine bewegende Gedenkveranstaltung auf der Erfurter EGA, um der Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945 zu gedenken. Erfurt, als Stadt des Friedens, engagiert sich durch die Teilnahme an der NGO „Majors for Peace“ für globale Friedensbemühungen.

Eine herausragende Figur in diesem Zusammenhang ist Roland Büttner, der



hart daran arbeitete, die „Hiroshima Rose“ als Symbol gegen das Vergessen in Erfurt zu etablieren. Diese gelbe Rose wurde 2020 auf der EGA präsentiert und im aktuellen Jahr wurde die „Hiroshima Spirit“-Rose enthüllt.

Die Gedenkveranstaltung versammelte rund 20 Bürger:innen, die gemeinsam der Opfer von Hiroshima und Nagasaki gedachten. Karin Schrappe vom Aktionskreis für den Frieden betonte die Relevanz, sich für den Weltfrieden einzusetzen und aggressiven Aktionen wie dem russischen Angriff auf die Ukraine Einhalt zu gebieten. Roland Büttner erzählte die Geschichte der „Hiroshima Spirit“-Rose und betonte die Kraft von Bildern, um Erinnerungen lebendig zu halten. Die Gedenkmminute drückte den festen Willen zum Frieden aus.

Geraaue: Ein Ort für Erholung und politische Gestaltung

Ein weiterer Höhepunkt von Karola Stanges Aktivitäten war ihre Erkundung der Geraaue, einem Ort der Erholung und Begegnung in ihrem Wahlkreis. Nach fast zwei Jahren seit der BUGA 2021 begab sie sich mit dem Fahrrad auf eine Stippvisite durch dieses Areal, um Veränderungen zu erfassen und Anregungen für politisches Handeln zu sammeln. Dabei stieß sie auf verschiedene Herausforderungen, von fehlenden Straßenbeschilderungen bis hin zu nicht umgesetzten Beschlüssen. Diese Erkenntnisse mündeten in sechs Themenkomplexen, zu denen gezielte Anfragen an die Stadtverwaltung

geplant sind.

Trotz dieser festgestellten Anliegen, wie beispielsweise fehlende Trinkwasserbrunnen in der gesamten Anlage, betonte Karola Stange die Schönheit und Bedeutung der Geraaue als Ort der Erholung und Begegnung. Die Menschen in Erfurt schätzen die Geraaue als Ort der Entspannung, Freizeitgestaltung und des gemeinsamen Erlebens. Sie appellierte an die Bürger:innen, diesen Ort zu erhalten und aktiv mit Leben zu füllen.

Insgesamt zeichnete sich Karola Stanges Sommertour durch ein hohes Maß an Engagement, Empathie und politischer Weitsicht aus. Die Kombination aus praktischem Handeln, Erinnerungskultur und politischer Analyse spiegelte ihre vielseitige Herangehensweise an die politische Arbeit wider. Sie zeigte, dass Politik nicht nur im Parlament stattfindet, sondern vor allem durch die direkte Interaktion mit den Menschen vor Ort geprägt wird.



Titel-Thema



Prekäre Bedingungen in der Wissenschaft

Studentische Assistent:innen in Thüringen: Handlungsbedarf ist groß

Seit der Kampagne #IchBinHanna sind die prekären Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Eine kürzlich durchgeführte bundesweite Studie mit über 11.000 Befragten von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Januar 2023 bestätigt nun, dass auch studentische Assistent:innen an Hochschulen von diesen Bedingungen betroffen sind. Unter dem Titel „Jung, akademisch, prekär?“ werden die Ergebnisse präsentiert, und die Thüringer Hochschulen erhalten in dieser Hinsicht keine positive Bewertung. Unsichere Vertragslagen und Verstöße gegen arbeitsrechtliche Mindeststandards sind keine Ausnahmen, sondern regelmäßige Erscheinungen - ein Zustand, der nicht mehr akzeptabel ist.

Als Reaktion darauf haben sich in der Initiative TVStud studentische Beschäftigte und solidarische Mitstreiter:innen zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Rechte der studentischen Arbeitskräfte zu kämpfen. Antonia Berger ist eine von ihnen und gewährt Einblicke in den Alltag der studentischen Assistent:innen: „Kurzfristige Verträge und Entlohnungen nahe des Mindestlohns sind für uns an der Tagesordnung. Die steigende Inflation und höhere Mieten setzen uns aufgrund des geringen Lohns zusätzlich unter Druck. Das ist ein Zustand, den wir nicht länger hinnehmen möchten, denn auch für uns gelten die Rechte von Arbeitnehmer:innen.“ In Thüringen setzen sie sich gemeinsam mit den Gewerkschaften ver.di und GEW für bessere Arbeitsbedingungen und die Aufnahme von Tarifverhandlungen ein.

Die Anzahl der derzeitigen studentischen Beschäftigten an den Thüringer Hochschulen, die den Wissenschaftsbetrieb aufrechterhalten, wurde durch eine Anfrage (Drs.: 7/8266 und 7/8267)

des hochschulpolitischen Sprechers der LINKE-Fraktion, Christian Schaft, ermittelt. Seit Mai 2023 gibt es insgesamt 1.563 studentische Assistent:innen in Thüringen, was einem Anstieg um 3,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 2020 entspricht. Es gibt auch 1.791 wissenschaftliche/künstlerische Assistent:innen, was einem Rückgang von ca. 5 Prozent gegenüber vor drei Jahren entspricht. Besonders an der FSU Jena, wo 40 Prozent aller studentischen und

fordern einen hohen Verwaltungsaufwand mit Auswirkungen, die die studentischen Beschäftigten zu spüren bekommen. 20,9 Prozent der studentischen Beschäftigten aus Thüringen gaben an, dass sie häufiger ohne Vertrag und Entlohnung gearbeitet haben. „Derzeit ist es so, dass man sich den Job als studentische Beschäftigte:r an der Hochschule leisten können muss. Steigende Lebenshaltungskosten und eine niedrige BAföG-Förderung tun ihr Üb-

Berger von TVStud Thüringen erklärt: „Die Ergebnisse der Studie ‚Jung, akademisch, prekär?‘ haben gravierende strukturelle Missstände und damit dringenden Handlungsbedarf aufgedeckt. Thüringen steht fast überall bundesweit am Ende, sei es bei den durchschnittlichen Vertragslaufzeiten, den monatlichen Arbeitsstunden oder den Löhnen. Wir brauchen den Schutz eines Tarifvertrags, um prekäre Arbeitsbedingungen zu beenden.“

Studentische Beschäftigte spielen eine entscheidende Rolle für einen reibungslosen Wissenschaftsbetrieb. Schaft unterstützt daher die Forderungen von TVStud: „Ob in Wissenschaft, Forschung oder Lehre - studentische Beschäftigte bilden eine wichtige Stütze im Wissenschaftsbetrieb und leisten unverzichtbare Arbeit. Gemeinsam mit TVStud möchten wir die Situation der studentischen Beschäftigten erheblich verbessern und Gute Arbeit an Hochschulen Wirklichkeit werden lassen.“

Derzeit gibt es nur in Berlin einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Der im Jahr 1980 eingeführte TVStud erfuh nach langen Auseinandersetzungen im Jahr 2018 eine Aktualisierung, die beachtlich ist. Die Ergebnisse der aktuellen Studie zeigen, dass das Land Berlin dank des Tarifvertrags eine Vorreiterrolle einnimmt. Der Abgeordnete Schaft hofft daher, dass bei einer erneuten Umfrage und den daraus resultierenden Ergebnissen der Titel der Studie von „Jung, akademisch, prekär?“ in Zukunft zu „Jung, akademisch und abgesichert“ für Thüringen geändert werden kann.



49 Prozent aller wissenschaftlichen und künstlerischen Assistent:innen in Thüringen beschäftigt sind, sind sie als Beschäftigtengruppe innerhalb der Hochschulen stark vertreten. Der größte Teil von ihnen wird aus Haushaltsmitteln finanziert. Weitere Informationen aus Schafts Anfrage untermauern die Ergebnisse der bereits erwähnten Studie: Die größte Gruppe der studentischen Beschäftigten hat Verträge von 4 bis 6 Monaten, gefolgt von Vertragslaufzeiten von bis zu 3 Monaten. Die durchschnittliche Vertragslaufzeit für studentische Beschäftigte in Thüringen beträgt 4,7 Monate, während Berlin mit 14,1 Monaten den Spitzenplatz einnimmt. Die kurzen Vertragsdauern er-

riges. In vielen Fällen sind studentische Beschäftigte daher auf zusätzliche Nebenjobs angewiesen“, erklärt der LINKE-Abgeordnete Schaft.

Am 6. Juli haben daher Vertreter:innen der Initiative TVStud Thüringen anlässlich der Sommerpause ein Forderungspapier mit dem Titel „Alles spricht für TVStud - auch ihr Koalitionsvertrag!“ an Vertreter:innen der Landesregierung und Abgeordnete der R2G-Regierungsfaktionen überreicht. Die Forderungen beinhalten die Entfristung und Festlegung von Mindestvertragslaufzeiten für studentische Beschäftigte, die Einhaltung von Arbeitnehmer:innenrechten und die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Antonia



Das Forderungspapier von TV Stud finden Sie auf unserer Webseite.
www.die-linke-thl.de

Politische Mitgestaltungsmöglichkeiten in Thüringer Kommunen umfassend ausbauen

DIE LINKE Fraktion stellt Konzept für mehr Beteiligung vor

Katja Maurer, Sprecherin für Kommunalpolitik, und Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung, haben die Vorschläge der LINKE-Fraktion für eine umfassende Demokratisierung der Thüringer Kommunen vorgestellt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist die Modernisierung des Kommunalwahlrechts. Nach dem Willen der LINKE-Fraktion soll, das Wahlalter (aktives Wahlrecht) in den Thüringer Kommunen auf 14 Jahre gesenkt werden und zukünftig soll es mehr Wahlorte und längere Wahlzeiten geben.

Die Briefwahlunterlagen sollen automatisch an jeden Wahlberechtigten geschickt werden – so wie auch ein umfangreiches Infopaket zu den Listen und Kandidat:innen. Dies ist auch aus sozialpolitischer Sicht eine Gleichbehandlung aller Kandidierenden. Denn niemand soll und darf von einer Kandidatur zu einer demokratischen Wahl aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden. Im Rahmen der Wahl soll es zukünftig möglich sein, auch eine Enthaltungsstimme abzugeben, so wie das in vielen europäischen Ländern schon jetzt der Fall ist. Die LINKE will zudem durchsetzen, dass auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten nach drei Jahren Wohnsitz in der Gemeinde das kommunale Wahlrecht erhalten, auch wenn dazu eine Änderung der Thüringer Verfassung notwendig sein sollte.

„Mit diesen Maßnahmen hoffen wir die Wahlbeteiligung zu erhöhen“, so die beiden LINKE Abgeordneten. „Bei der Ausweitung des Wahlrechts ist zu bedenken dass in der Demokratie immer der Grundsatz gilt: ‚Nicht über uns ohne uns‘, d.h. die Menschen, die von öffentlichen bzw. staatlichen Entscheidungen betroffen sind, sollen auch über sie mitbestimmen können.“

Beide LINKE-Abgeordneten machen jedoch deutlich, dass die Änderungen im Kommunalwahlrecht nur ein Baustein der umfassenden Demokratisierung der Thüringer Kommunen ist. Die LINKE-Fraktion will die Thüringer Gemeinden, Städte und Landkreise zu „Beteiligungskommunen“ weiterentwickeln. Die Kommunen sollen durch Beteiligungssatzungen verpflichtet werden, die Mitgestaltungsinstrumente in den Kommunen besser praktisch nutzbar zu machen – von der Einwohner:innen-Versammlung, über die digitale Teilnehmungsplattform bis zum Bürger:innen-Haushalt.

Die LINKE-Fraktion will zukünftig auch Petitionen in Kommunen möglich machen und den Einwohner:innen ein Rederecht in Gemeinderatssitzungen geben. Die Arbeit der Kommunalgremien muss noch öffentlicher und transparenter werden. ‚Mehr Frauen in die Kommunalparlamente‘ darf nicht nur eine Parole sein.

Deshalb will DIE LINKE die paritätische Besetzung der Kommunalparlamente umsetzen. Andere Länder in Europa, wie z.B. Frankreich sind hier schon weiter vorangekommen. In kommunalen Einrichtungen und Strukturen soll es zukünftig verpflichtend Nutzer:innen- und Verbraucher:innen-Beiräte geben, insbesondere auch mit Blick auf die konkreten praktischen Herausforderungen vor Ort im Alltag in Sachen Klimaschutz. Diese Beiräte sind hervorragend geeignet, die Anliegen und Vorschläge der Menschen vor Ort kontinuierlich in die Arbeit der Einrichtungen einzubeziehen.

„Die Kommunen sind nicht einfach technokratische Verwaltungsstrukturen, sie sollen und müssen geprägt sein von der aktiven Beteiligung der Leute vor Ort und vom lebendigen Austausch untereinander“, so LINKE-Abgeordnete Katja Maurer und Anja Müller. Abschließend betonen beide, dass die LINKE die weitere Demokratisierung der Thüringer Kommunen als zentrales und längerfristiges Projekt sieht. „Wir werden alles daransetzen, diese Vorschläge bzw. Inhalte noch in der laufenden 7. Wahlperiode umzusetzen. Sollte uns das nicht gelingen, werden wir in der nächsten Wahlperiode sofort an der Umsetzung dieser Reformvorschläge zum Ausbau der Demokratie in Thüringer Kommunen weiter arbeiten.“



Thüringen verliert überzeugenden Streiter für soziale Gerechtigkeit

Mit tiefer Bestürzung haben wir vom tragischen Unfalldod von Stefan Werner erfahren. Sein viel zu frühes Ableben lässt uns sprachlos und in großer Trauer zurück. Der Paritätische verliert einen engagierten Landesgeschäftsführer und Thüringen einen überzeugenden Streiter für soziale Gerechtigkeit.

Stefan Werner hat die Thüringer Landespolitik viele Jahre kritisch und solidarisch begleitet und war uns ein konstruktiver und fordernder Gesprächspartner. Immer wieder mahnte er, die Menschen nicht aus den Augen zu verlieren, die die Hilfe und Unterstützung der Gesellschaft vonnöten haben. Seine Beharrlichkeit, seine Zuversicht und seine Lebensfreude haben auch viele persönliche Kontakte geprägt und werden uns dauerhaft in Erinnerung bleiben. Wir gedenken Stefan Werner.

Unser tiefes Mitgefühl und unsere Anteilnahme gilt seiner Familie, Freund:innen, Wegbegleiter:innen und Arbeitskolleg:innen.

Steffen Dittes
Fraktionsvorsitzender

im Namen der Fraktion
DIE LINKE im Thüringer
Landtag



„Die Kommunen sind nicht einfach technokratische Verwaltungsstrukturen – sie sollen und müssen geprägt sein von der aktiven Beteiligung der Leute vor Ort und vom lebendigen Austausch untereinander.“

Unsere 29

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag. In dieser Rubrik stellen wir Ihnen unsere Abgeordneten näher vor.



Diesmal: Ronald Hande

Ronald Hande wurde 1977 geboren und ist gelernter Kaufmann. Während seines Studiums der Wirtschaftsinformatik machte er sich im Bereich Druck, Werbung, Marketing selbstständig. Von 2009 bis 2015 arbeitete er in den Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten Manfred Hellmann und Steffen Harzer. Seit 2015 ist er Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und dort Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender seiner Fraktion. Darüber hinaus ist er Mitglied der LINKE Fraktion im Kreistag von Schmalkalden-Meinungen und im Stadtrat von Zella-Mehlis und Mitglied in verschiedenen regionalen Vereinen. Außerdem hat er vier Kinder.

Was ist das Beste an deinem Beruf?

In der Funktion als Haushälter unserer Fraktion ist es nicht nur meine Aufgabe, linke Politik finanziell zu untersetzen und im Landeshaushalt abzusichern, sondern genau das macht mir auch extrem viel Spaß. Dabei gibt es fast unzählige und themenübergreifende Ansatzpunkte. Diese Vielseitigkeit und Komplexität macht es zwar nicht leicht, aber unglaublich spannend.

Wie hältst du dich sportlich aktiv, wenn du nicht vor dem Schreibtisch sitzt?

In meiner Freizeit gehe ich gern Joggen und fahre Rad. Auch Gartenarbeit mag ich. Insbesondere Rasenmähen ist mein Favorit, da das eine wunderbare Gelegenheit zum Nachdenken ist und man am Ende ein schönes Ergebnis sieht.

Wie denkst du, sieht dein Leben in 10 Jahren aus?

Da ich vor 10 Jahren nicht geahnt hätte wie mein Leben jetzt privat und beruflich aussieht, fällt es mir schwer weitere 10 Jahre in die Zukunft zu blicken. In jedem Fall werde ich immer ein politisch aktiver Mensch sein. Aber egal was kommen wird... Hauptsache gesund.

„Steuergerechtigkeit ist ein zutiefst linkes Thema“

Treffen finanzpolitischer Sprecher:innen

Vermögen sind in Deutschland sehr ungleich verteilt: 45 Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Das reichste eine Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als ein Drittel des Vermögens. Oft wird in der Politik darüber gesprochen, wo gespart und gekürzt werden muss, aber nicht darüber, auf welche Einnahmen verzichtet wird, wenn Reichtum nicht ausreichend besteuert wird.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher:innen der Fraktionen DIE LINKE trafen sich in Schwerin, um deshalb die weitere politische Linie in der Haushalts- und Finanzpolitik zu beraten und sich auszutauschen. Vertreter:innen fast aller Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion waren anwesend. Das Treffen sollte vor allem Steuern und Steuergerechtigkeit als Schwerpunkt setzen. „Steuergerechtigkeit ist ein zutiefst linkes Thema, bei dem jedem von uns der Kampfgeist entfacht“, erklärte Ronald Hande, Sprecher für Haushalt und Finanzen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. „Steuern sind die grundlegende Einnahme des Staates“, so Hande weiter. Ein weiterer Grund für die Finanzer:innen, genauer hinzuschauen.

Steuer(un)recht

Zum Thema Erbschaftssteuer war die Referentin Julia Jiermann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit anwesend. Sie referierte über die Ungerechtigkeiten, die es im System der Erbschaftssteuer gibt. Das Netzwerk und auch die Politiker:innen der Partei DIE LINKE kritisieren, dass millionenschwere Erbschaften nicht besteuert werden. Deswegen wird nur circa ein Drittel des gesamten Steuerpotenzials überhaupt besteuert. Mehrere Milliarden mehr könnten die Steuerabgaben somit einbringen. Das ist insofern für die Länder spannend, da die Ertragskompetenz bei ihnen und nicht beim Bund liegt. So waren sich alle einig, dass eine Reform der Erbschaftssteuer dringend geboten ist. Die Referentin stellte auch dar, dass, je mehr eine Person erbt, desto weniger bis hin zu gar keinen Steuern müsse diese Person prozentual zahlen. Einen Lösungsschritt in der Besteuerung von vererbten Betriebsvermögen sah Frau Jiermann darin, dass die Steuer nicht mit Erhebung fällig wird, sondern innerhalb mehrerer Jahre abgezahlt werden kann. Dadurch würden Betriebserben ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht, aber müssten eine Erbschaft nicht wegen der Steuer ablehnen.

Eine Forderung, die die PDS schon vor knapp 20 Jahren lautstark vertreten hat, wies der Abgeordnete Hande hin. Die Anwesenden in Schwerin verabredeten eine konzertierte Kampagne, um die Bundesregierung dazu zu bringen, endlich die soziale Ungerechtigkeit

der Erbschaftssteuer zu eliminieren. Auf das Thema „Erbschaftssteuer“ folgte die Grunderwerbssteuer. Sowohl Hamburg als auch Thüringen verhandeln im Parlament gerade die Senkung eben jener. Mehreren Berichten war zu entnehmen, dass eine Veränderung dieses Steuersatzes nicht zu messbaren Veränderungen auf dem Immobilienmarkt führe. Deswegen hielt die Runde das Mittel der Steuersatzsenkung für ungeeignet, um Familien zu entlasten, da es sehr viel höhere Minderausgaben in den Haushalten nach sich zieht als es effektiv bringt. „Wir reißen uns ein Loch in die Haushalte, ohne diejenigen zu fördern, die es bräuchten“, so Hande. „Viel geschickter wäre eine zielgerichtete Förderung und Beibehaltung des Steuersatzes.“ Deswegen wurde über das Modell aus Nordrhein-Westfalen gesprochen, wo eine Förderung von Familien durch eine Rückzahlung der Steuerlast beantragt werden kann. Dadurch soll die Förderung bei den Familien ankommen und nicht in einer Pauschalsubventionierung enden.

Linke Steuerkonzepte

Beim Thema „Steuern“ sehen die Finanzpolitiker:innen den Bedarf, noch einmal genau darauf zu schauen. Deswegen wurde vereinbart, die Steuerkonzeption aus dem Jahr 2011 wieder aufleben zu lassen und sie auf den neuesten Stand zu bringen. Unter anderem muss in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Übergewinnsteuer auf den Tisch. Die Kapitalertragsteuer ist von der Grundkonzeption schon ungerecht aufgebaut. Kapitalerträge werden mit maximal 25 Prozent besteuert. Alle anderen Einkommensarten werden mit bis zu 45 Prozent besteuert. „Wer also nur ein paar Aktien rum schiebt, wird besser behandelt als zum Beispiel ein Arzt im Krankenhaus“, erklärt Ronald Hande. An verschiedenen Stellen wird DIE LINKE das Steuersystem durchleuchten. Dieses Konzept soll die Veränderungen darstellen, um eine gerechte Besteuerung zu schaffen. Ebenfalls werden damit die rechnerischen Auswirkungen auf die Haushalte vorgestellt. Andreas Schuster, Referent für Haushalt und Finanzen, war schon bei der allerersten dieser Steuerkonzeptionen mit dabei und hat auch die nachfolgenden mitgeschrieben und berechnet. „Es gibt viele gute linkspolitische Steuerkonzepte, das des Netzwerkes für Steuergerechtigkeit oder die der Gewerkschaften. Wir hoffen, all diese zusammen unter einem Schirm zu vereinen“, so Hande weiter.

Kein politischer Spielball

In jeder Ebene stehen in den kommenden Monaten Haushaltsverhandlungen an, ob regierungstragend, -teiligend oder Opposition, ob Einzel-

haushalt, Doppelhaushalt oder Nachtragshaushalt. Ohne den Haushalt sind den Regierenden, aber auch den Verwaltenden, in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden. Fördergelder werden eingefroren, Kulturzuschüsse dürfen nicht mehr ausbezahlt werden und Vereine bekommen weniger Hilfsleistungen. Der Haushalt sollte deswegen nicht zum politischen Spielball der Opposition werden dürfen.

Für Haushälter:innen ist es immer wieder spannend, da sie bei fast allen Themen am Rande oder sehr explizit involviert sind. Ein wichtiger Themenkomplex, der derzeit in allen Regierungen besprochen wird, sind die Themengebiete Dekarbonisierung, Energieunabhängigkeit, technischer Umweltschutz und Wirtschaftsförderung zur Klimaneutralität. Jedes Bundesland geht damit anders um. So haben Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen jeweils ein Sondervermögen aufgelegt. Thüringen hat knapp 415 Millionen Euro bereitgestellt, um Klimaneutralität herzustellen und steigende Energiepreise abzufedern. Auch der Umweltschutz kommt am Geld nicht vorbei. Bis auf das in Thüringen haben die Sondervermögen einen breiten millionenschweren Kreditrahmen offen. Berlin ist hier noch einen Schritt weiter gegangen und hat einen Fonds in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro aufgelegt.

Nach einer intensiven Diskussionsrunde verabredeten sich die Sprecher:innen auf einen nächsten Termin, um die ersten Schritte der neuen Steuerkonzeption zu beraten. „Ein spannender Ausflug für mich und meine Mitarbeiter. Viele neue Eindrücke und auch Ideen. Mecklenburg-Vorpommern hat einen Bürgerfonds, den wir vielleicht übernehmen sollten. Das ist etwas Ähnliches wie unsere Lottomittel, nur ein wenig umfangreicher“, fasste Ronald Hande den Tag zusammen.



Ronald Hande
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender,
Haushalts- und
Finanzpolitischer Sprecher

Gute Arbeit als Grundlage

Wie wir den Arbeits- und Fachkräftebedarf bewältigen können



Lena Saniye Güngör
Sprecherin für Arbeits- und
Gewerkschaftspolitik

Eine aktuelle Fachkräftestudie der Thüringer Landesregierung mit dem Titel „Fachkräftestudie 2035“ unterstreicht die Herausforderungen und Chancen, die sich für den Thüringer Arbeitsmarkt in den nächsten zwölf Jahren ergeben. Sie prognostiziert einen Bevölkerungsrückgang von derzeit 2,5 Millionen auf 1,9 Millionen bis zum Jahr 2035. Weiterhin werden etwa 385.000 altersbedingte Austritte aus der Erwerbstätigkeit verzeichnet. Umso wichtiger erscheint es für Thüringen, jetzt die Weichen zu stellen, um

der demografischen Entwicklung gezielt begegnen zu können. Auch die Fraktionen im Landtag erkennen den zunehmenden Handlungsdruck, reagieren jedoch mit sehr unterschiedlichen Vorschlägen für Maßnahmen. Während konservative Kräfte wie die CDU auf eine Verwertungslogik gegenüber Menschen setzen, rückt die Position der arbeits- und gewerkschaftspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Lena Saniye Güngör, die Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse in den Fokus der Debatte. Als Antwort auf einen Antrag der CDU mit dem Titel „Heimat für Fachkräfte“ erstellten die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Alternativantrag. Dieser sieht verschiedene Maßnahmen vor, um dem wachsenden Arbeits- und Fachkräftebedarf nachhaltig begegnen zu können. „In der aktuellen öffentlichen Debatte werden durch konservative Kräfte Ideen wie die eines steuerfreien Lohnes für Mehrarbeit über 40 Stunden angebracht. Regelmäßig dreht es sich hier um eine weitere Arbeitsverdichtung für die eh schon in vielen Branchen knappen Arbeits- und Fachkräfte. Gerade die Arbeitsverdichtung, kombiniert mit knappem Personal, hat in den letzten Jahren zu vielfältigen Abwanderungsbewegungen von Beschäftigten geführt, die die Arbeitsbelastung nicht mehr tragen können, wie beispielsweise in der Pfl-

„Wir verfolgen einen progressiven Ansatz, der auf der Grundlage von guter Arbeit für alle Menschen in Thüringen basiert. Denn der zunehmende Arbeits- und Fachkräftebedarf bewirkt eine Stärkung der Beschäftigtenseite“

Lena Saniye Güngör
Sprecherin für Arbeitspolitik

ge. Diese Forderungen sind also einerseits blanker Hohn für die Beschäftigten, andererseits lösen sie nicht das Problem des knappen Personals. Denn die Arbeitsverdichtung ist der ursächliche Grund, warum das Personal aus seinem Job ausscheidet. Wir verfolgen hingegen einen anderen, progressiven Ansatz, der auf der Grundlage von guter Arbeit für alle Menschen in Thüringen basiert. Denn der zunehmende Arbeits- und Fachkräftebedarf bewirkt eine Stärkung der Beschäftigtenseite, die durch diesen Faktor auch in ihren

Arbeits- und Ausbildungsstellen gehalten wird“, führt Güngör aus. Die Arbeitnehmer:innen werden in naher Zukunft in vielen Branchen selbstständig entscheiden können, welche Stelle für sie das beste Gesamtpaket schnürt. Die Thüringer Unternehmen müssen sich deshalb bereits jetzt darüber Gedanken machen, wie sie attraktive Arbeitsbedingungen schaffen können. Eine von oben herab diktierte Arbeitskultur wird keine Zukunft haben. Der Ansatz betont einerseits den Wert guter Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Die Integration von langzeitarbeitslosen Personen oder die Rückgewinnung von Pendlern wird hierbei begleitet von einer verbesserten Anerkennungspraxis ausländischer Abschlüsse und gezielter Förderstrukturen für Migrant:innen. Dabei ist es auch zentral, dass Thüringen eine weltoffene Kultur verfolgt, die allen Menschen gleichwertige Chancen bietet, ihre individuellen Talente und Fähigkeiten zu fördern, ohne Angst vor alltäglichen rassistischen Anfeindungen und Arbeitsausbeutungsstrukturen.

„Thüringen kann den zunehmenden Arbeits- und Fachkräftebedarf nur erfolgreich bewältigen, wenn es gute Arbeit für alle ermöglicht und dazu eine sozial nachhaltige Strategie verfolgt, die Menschen nicht ausschließt, sondern einschließt“, so die Abgeordnete abschließend.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Güngör und Eger zur aktuellen Situation

Medienberichten zufolge arbeiten Mütter in Deutschland häufig weniger als sie sich wünschen. Grund dafür ist vor allem die Ausprägung des Arbeitsmarktes, der noch immer Geschlechterungleichheiten begünstigt und fördert. In Deutschland ist nur die Hälfte der Mütter erwerbstätig. Hinzu kommt, dass mehr als zwei Drittel der erwerbstätigen Mütter in Teilzeitjobs beschäftigt sind. Damit steigt ihr Risiko massiv, später in Altersarmut abzurutschen.

In Thüringen zeichnet sich jedoch ein anderes Bild ab: Hier sind deutlich mehr Mütter erwerbstätig. Laut Statistischem Landesamt waren es im Jahr 2022 rund 75 Prozent, wovon 53,9 Prozent der aktiv erwerbstätigen einer Erwerbstätigkeit in Vollzeit nachgehen und 46,1 Prozent teilzeitbeschäftigt sind. „Thüringen ist damit auf einem wesentlich besseren Weg im Vergleich zu anderen Bundesländern“, resümiert Lena Saniye Güngör, arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Trotz dieser Aussichten warnt die Abgeordnete davor, Geschlechterungleichheiten für nichtig zu erklären: „Viele Mechanismen struktureller Diskriminierung werden gar nicht bewusst wahrgenommen und führen unbewusst zu einer Entscheidung zugun-

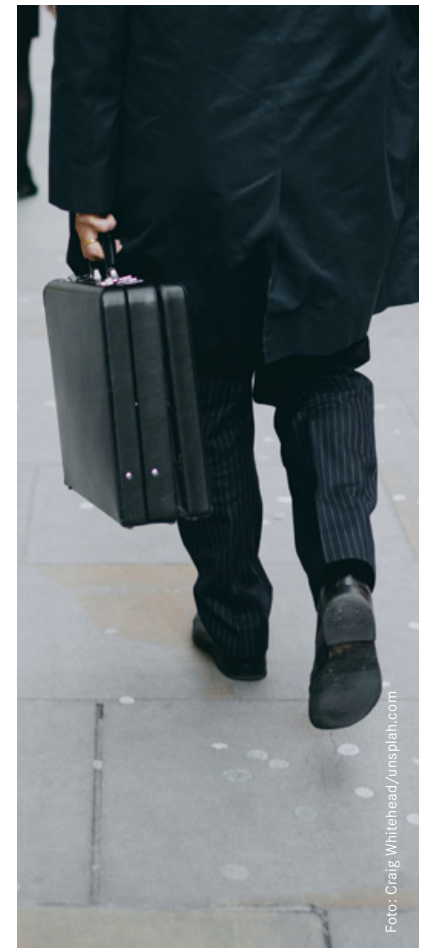
„Problematisch wird es, wenn der Arbeitsmarkt vor allem aber ein Arbeitsmarkt für Männer ist.“

Cordula Eger
Familienpolitische Sprecherin

ten des klassischen Ernährer-Modells. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen auch weitere Merkmale, die nochmals mit neuen Stigmata und Diskriminierung verbunden sind, wie z. B. ein Migrationshintergrund. Es geht darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Entscheidung, wer in der Familie berufstätig ist und vor allem auch wie, grundsätzlich nicht von Faktoren wie dem Geschlecht abhängig gemacht wird.“ Dem schließt sich auch Cordula Eger, familienpolitische Sprecherin, an: „In Familien treffen die beruflichen Vorstellungen und Ziele zweier Elternteile aufeinander.“

„Problematisch wird es, wenn der Arbeitsmarkt vor allem aber ein Arbeitsmarkt für Männer ist. Und ein Blick in Richtung Bund zeigt: Die klassische Rollenverteilung mit dem Mann als Hauptverdiener wird durch die aktuelle arbeitsmarktpolitische Ausprägung der Ampel weiterhin zu sehr begünstigt. Deshalb braucht es mehr solide gesellschaftliche, arbeitsmarkt- und familienpolitische Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel familienorientierte Flexibilität, hinsichtlich der Arbeitszeiten und -orte, die der Lebensrealität von Müttern gerechter werden. Aber auch die Netzwerke der lokalen Bündnisse für Familien in Thüringen sind wichtig, damit vor allem auch Kenntnisse von den lokalen Familienleistungen und Unterstützungsangeboten für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen weitergegeben werden können.“

Güngör wies dazu hin, dass ein weiterer wichtiger Schritt wäre, nicht länger an dem Ehegatten-Splitting festzuhalten, sondern stattdessen Modelle einer individuellen Besteuerung zu fördern. Eine solche Reform solle die Bundesregierung endlich auf den Weg bringen. Auch etwaige Lohnlücken zwischen den Gehältern von Männern und Frauen müssen endlich geschlossen werden, so die Abgeordnete abschließend.



Bildungskonferenz: Gute Schule im Zeitalter von Chat GPT und Heterogenität

Eine Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE

Worum geht es?

Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE treffen sich am 16. September 2023 Menschen aus der schulischen und kommunalen Bildungspraxis, um zur Zukunft der Bildungsarbeit in Thüringen zu beraten. „Wir wollen weitergehende Bildungsziele diskutieren, an denen unsere oftmals schwierigen Bemühungen im Alltag Orientierung finden können, doch ebenso die notwendigen Voraussetzungen dafür in den Blick nehmen“, erklärt Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Alle an diesen Fragen Interessierten sind herzlich eingeladen!

Ablauf der Veranstaltung:

Die Veranstaltung beginnt um 09:00 Uhr mit dem Ankommen der Teilnehmer:innen und wird durch Monika Osburg, Schulleiterin der TGS Schillerschule, und Torsten Wolf, Mitglied des Landtags (MdL) eröffnet.

Anschließend gibt es zwei Inputs zu relevanten Themen: Prof. Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung spricht über „Bildungsgerechtigkeit – ein Ziel unter Druck“. Danach referiert Ulrich Vieluf, ein Bildungsforscher und ehemaliger Staatsrat aus Hamburg, über „Die herausgeforderte Schule – Ansprüche und Wege“. Nach den Input Vorträgen gibt es eine Phase für Nachfragen und Statements, gefolgt von einem Grußwort von Bildungsminister Helmut Holter. Anschließend findet die Workshop-Phase I statt, in der die Teilnehmer in verschiedene Arbeitsgruppen aufgeteilt werden, um spezifische Themen zu diskutieren. Nach einer Mittagspause setzt die Workshop-Phase II ein.

Hier gibt es folgende Arbeitsgruppen:

A) Künstliche Intelligenz als Schock und Chance mit Inputs von Dr. Lutz Hasse, Landesbeauftragter für Datenschutz; Philipp Weltzien, MdL; Landesschülervertretung. Moderation durch Christian Schaft, MdL. In dieser Gruppe werden Fragen rund um den Einsatz von KI im Bildungsbereich erörtert.

Herzliche Einladung!

Bildungskonferenz

Gute Schule im Zeitalter von Chat GPT und Heterogenität ?!



Erfurt, 16.09.2023
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1, Erfurt

B) Digitalität in der Schule – Ansprüche und Wege mit Inputs (angefragt) von der Berufsschule Gotha und der Landesschülervertretung (LSV). Moderation durch Conni Müller, LAG. Hier geht es um die Anforderungen und Lösungen im Bereich der Digitalisierung in Schulen.
C) Wie die heterogene Schule erfolgreich gestalten? Inputs (angefragt) von der TGS Wenigenjena und Doreen Huster von der Ostschule Gera. Moderation durch Falko Stolp, LAG Schule-Bildung. Die Heraus-

forderungen der Heterogenität in Schulen stehen hier im Fokus.

D) Neue Wege in der Bildungsverantwortung? Inputs von Peggy Greiser, Landrätin von SM/MNG; GEW (angefragt); Rene Ehrenberg vom Schulverwaltungsamt Jena (angefragt). Moderation durch Torsten Wolf, MdL. Es geht um die Frage, wie die Bildungsverantwortung besser koordiniert und organisiert werden kann.

E) Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung mit Inputs von Prof. Micha-

ela Reißmann von der FH Erfurt und Gordon Fritsche, KiGa-Leiter Erfurt (angefragt). Moderation durch Daniel Reinhardt, MdL. Hier werden aktuelle Handlungsbedarfe in der frühkindlichen Bildung diskutiert.

Anschließend, um 14:30 Uhr, findet ein Podium statt, bei dem Vertreter:innen aus den Arbeitsgruppen ihre Vorschläge für eine gerechte und erfolgreiche Bildung in Thüringen vorstellen. An der Diskussion nehmen teil: Torsten Wolf, der bildungspolitische Sprecher der Partei DIE LINKE im Thüringer Landtag und Vorsitzender des Bildungsausschusses; Peggy Greiser, Landrätin von LK Schmalkalden-Meinungen; ein Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW); Doreen Huster, Schulleiterin aus Gera; ein Vertreter der Landesschülervertretung und Ulrich Vieluf, der Bildungsforscher. Die Moderation übernimmt Evelyn Sittig von LOFT.



Torsten Wolf
Bildungspolitischer Sprecher

Anmeldung:

Interessierte Menschen bitten wir, sich unter kachel@die-linke-thl.de bis zum 07.09.2023 anzumelden.



Mehr Informationen zur Veranstaltung in unserer Broschüre:
www.die-linke-thl.de

Den Neuen per Mail?

Alle zwei Wochen - jetzt auch als Newsletter

Hier kostenlos anmelden:

www.die-linke-thl.de/pr

